Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 81. Freitag, 17. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 1.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. v. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft", Schlachthofring 7, Wettinerstraße 56, Großmarkthalle, Elisaplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Der Abbau der Deutschen Werke.

Die Forderungen in Nollets Antwortnote.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Febr. General Nollet hat auf die deutsche Note vom 12. d. M., betreffend die Deutschen Werke, eine Antwortnote an das Auswärtige Amt gerichtet, in der es heißt:

Nachdem grundsätzlich festgestellt worden ist, daß die Umstellung der verbotenen Fabrikationszweige in den Deutschen Werken ausgeführt werden muß, wobei den besonderen Interessen der Arbeiter Rechnung getragen wird, bittet die Kommission, daß ihr am 15. Mai folgende Unterlagen überreicht werden: a) das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke Erfurt, Spandau, Haselhorst und Wolfgang (Hanau) mit Angabe der für die Durchführung erforderlichen Abschnitte, b) ein Uebersichtsplan, aus dem die Nutzbarmachung der für jeden der zukünftigen Fabrikationszweige in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist. Die Ausführungsbestimmungen für die Zerstörung oder Außerbetriebsetzung von Maschinen und Gebäuden oder Einrichtungen, die noch für die neuverbotenen Fabrikationszweige benutzt werden, werden in der Folge von den zuständigen Distriktskommissionen festgesetzt. Die Fabrikationszweige, die tatsächlich im Laufe sind, die aber endgültig verboten wurden, können provisorisch weiter betrieben werden, wohlverstanden unter den Verhältnissen, unter denen sie sich jetzt abwickeln. Weiter darf das Aufziehen neuer Fabrikationszweige der Durchführung der Umstellungen nur in dem Ausmaße erfolgen, wie es der Fortschritt der an Gebäuden und Anlagen vorzunehmenden Arbeiten gestattet. Die Umstellungen müssen beendet sein, sobald die Kontrolle der alliierten Mächte aufhört effektiv zu sein. Die vorstehenden Anweisungen beziehen sich nicht auf die Ausführung von Entscheidungen, die seitens der Kommission schon vorher getroffen worden sind und die sich auf Fabrikationszweige beziehen, die nicht durch die Entschließung der Botschafterkonferenz vom 28. Dezember revidiert wurden.

Die Note Nollets stellt dann Richtlinien für jedes der in Betracht kommenden Werke auf. In den Werken Erfurt, Spandau, Haselhorst darf danach die Herstellung von Schußwaffen, Jagd- und Sportmunition nicht weitergeführt werden. Doch dürfen die Werke provisorisch diese Fabrikation unter den zuvor aufgeführten allgemeinen Bedingungen weiterführen. Dem Werk Wolfgang wird die Herstellung von Nitro-Zellulose verboten. Die Genehmigung, die Fabrikation fortzuführen, wird nur provisorisch und unter gleichem Vorbehalt erteilt. Endgültig wird gerehmigt die Herstellung von Kollodium für Filmzwecke und Verfertigung von künstlichem Leder, die Herstellung von Schmirgelpapier, die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven, sowie alle der Friedensfabrikation dienenden Reparaturarbeiten, die bereits ausgeführt werden. Alle jetzigen und bereits genehmigten Fabrikationszweige, sowie die, die in der Folge zugelassen werden, müssen innerhalb einer Zone von 12 Hektar vereinigt werden. Ferner muß die Anlage zur Herstellung von Nitro-Zellulose, deren Aufrechterhaltung provisorisch zugestanden wurde, unverzüglich auf eine Leistung von 50 Tonnen monatlich maximal herabgesetzt werden. Die Festsetzung des mit Rücksicht auf diese Leistungsfähigkeit zu erhaltenden Restes der Anlage wird an Ort und Stelle seitens der Distriktskommission erfolgen. Der übrige Teil der Anlage muß unverzüglich verschwinden, während der im Betrieb erhaltene Teil den bereits erwähnten Bedingungen unterliegt, bevor auch er geschlossen wird.

Alle Gebäude und Anlagen, die außerhalb der 12 Hektarzonen liegen, einschließlich der ober- und unterirdischen Kanalisationsanlagen sind unverzüglich zu entfernen mit Ausnahme der auf Beleuchtung und Heizung der Bureau- und Wohnräume erforderlichen Leitungen. Ausnahmsweise dürfen die Gebäude, die der Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven dienen, vorübergehend erhalten bleiben. Das normalspurige Schienennetz, daß das Werk durchläuft, muß in der Weise verkleinert werden, daß nicht mehr erhalten bleibt, als für den künftigen Umfang des Werkes angemessen ist. Im Hüttenwerk Spandau gestattet die Interalliierte Kontrollkommission, daß im Hüttenwerk 1 neben dem bestehenden Walzwerk ein solches zu zwei Gerüsten errichtet wird von solchen Abmessungen und derartiger Leistungsfähigkeit, wie sie der Fabrikation von Flacheisen und schwachen U- und T-Profilen angemessen sind.

Schließlich wird noch erwähnt, daß keine Aenderung eingetreten ist in bezug auf die Entscheidungen, die die Zerstörung oder die Zerstreuung der Maschinen betreffen, die sowohl für Erfurt als auch für Spandau angeordnet wurden, daß die Kontrolle seitens der Distriktskommissionen in bezug auf Verkäufe oder Neubeschaffung von Maschinen der Transporte von Werk zu Werk gemäß den bestehenden Richtlinien weiteraufrechterhalten bleiben, daß die Herbeiführung einer vorhergehenden Genehmigung der Kontrollkommission für jeden Verkauf, jede Platzveränderung oder jede Umwandlung von Material der Deutschen Werke einschließlich der Rohmaterialien aufrechterhalten bleibt, endlich, daß die Fristverlängerung, die am 12. November für die Zerstreuung von Maschinen der Werke Spandau und Haselhorst erbeten wurde, bis zum 1. März zugestanden wird. Diese Note enthält einzelne Konzessionen, anderseits aber schafft sie weitere Schwierigkeiten. Immerhin läßt sie weitere Verhandlungen zu. Die genaue Tragweite der gestellten Forderungen und Bedingungen kann erst nach eingehender Prüfung festgestellt werden. Diese Prüfung ist im Gange.

Pressestimmen zum Vertrauensvotum.

Berlin, 16. Febr. Zu der gestrigen Abstimmung im Reichstage stellt die „Kreuz-Ztg." unter der Ueberschrift: „Die Unabhängigen als Retter des Kabinetts" fest, daß, wenn die Unabhängigen nicht 27 Fraktionsgenossen zur Rettung abkommandiert hätten, das Kabinett verloren gewesen wäre. Die Unabhängigen haben nur 48 Fraktionskollegen in den Reichstag kommen lassen und von ihnen noch vierzehn zurückgehalten, um Dr. Wirth nicht etwa zur Unvorsichtigkeit zu stürzen. Welchen Preis, fragt das Blatt, der Kanzler für die Rettung zahlen muß? Umsonst hat der Ausschuß nicht bis zum letzten Moment gedauert. Den Crispien, Dittmann, Ledebour verfallen! Wie heißt es im „Faust": „Es möchte kein Hund so länger leben".

Die „Deutsche Tagesztg." überschreibt ihre Betrachtung mit: „Der Kanzler der Unabhängigen" und sagt u. a.: Hat sich der Kanzler nur mit Hilfe der Unabhängigen auf seinem Posten gehalten, so wird seine Politik in Zukunft noch mehr als bisher sich auf einem Wege befinden, den wir mit weiten Schichten des deutschen Volkes als den Weg in den Abgrund halten.

Der „Lokalanz." warnt, Wirths Sieg weder zu über-, noch zu unterschätzen. Seine Koalition sei — gerade die jetzt mit dem Vertrauensvotum beendete Aussprache beim Eisenbahnerstreik habe das mehr als erwiesen — von inneren Gegensätzen zerklüftet. „Daß wir im übrigen gerade in der auswärtigen Politik, die das Kabinett Wirth geführt hat und weiter zu führen entschlossen ist, das Gegenteil einer Rechtfertigung seiner Existenz sehen, brauchen wir nicht erst zu belegen."

Die „Deutsche Allg. Ztg." erklärt: Das Verbleiben des Kabinetts Wirth sei, wie die Dinge nun einmal lägen, fast der einzige Ausweg gewesen und doch müsse man bedauern, daß sich kein Weg habe finden lassen, eine starke und kompakte Mehrheit dieses Parlaments um ein Kabinett zu scharen, das dann in Genua und in den anderen mannigfachen Verhandlungen mit den Faktoren des Auslandes mit einer ganz anderen Gewichtigkeit hätte auftreten und kämpfen können.

Die volksparteiliche „Zeit" schreibt: Herr Wirth ist noch einmal zum Siege zugelassen worden, aber kein Dichter mit schwärmender Phantasie könnte diesen Sieg ruhmvoll und ehrenreich nennen; kein Politiker könnte ihn anders schätzen als einen der Siege, die Niederlagen so verwünscht ähnlich sind, daß auch ein robuster Mann seinen Zweifel überleben kann.

Die „Germania" schreibt: Im ersten Reichstag der deutschen Republik hat bisher noch keine Regierung über eine ausgesprochene Mehrheit verfügt. Alle bisherigen Regierungen waren Minderheitsregierungen, auf die stillschweigende Unterstützung der Flügelparteien angewiesen. Zum ersten Male habe der Reichstag seiner Regierung positiv gesagt, daß er ihre Politik billige.

Die demokratische „Voss. Ztg." sagt: Das war gestern die erste wirkliche Probe auf das parlamentarische System in Deutschland. Wir freuen uns dieser Erfolge des Kanzlers, aber gerade deshalb werden wir nach dieser heißen Schlacht dem Reichskanzler mit besonderer Berechtigung raten, in Zukunft solchen gefährlichen Situationen vorzubeugen.

Das „B. T." findet, daß die Politik der Deutschen Volkspartei kläglich Schiffbruch erlitten habe. Gestern habe ihr eine regierungswillige Majorität gezeigt, daß es auch ohne sie gehe. Wenn sie sich jetzt nicht dazuhalte, werde schließlich das Steuerkompromiß von einer anderen Mehrheit durchgeführt werden.

Der „Vorwärts" bezeichnet das Ergebnis der Abstimmung für Deutschland erfreulich, für die Koalition ermutigend, für die Opposition beschämend. Der „Handstreich der Rechten" sei mißlungen, weil die unabhängig-kommunistische Hilfsmannschaft zum großen Teil versagt habe.

Die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, sagt, der Kanzler und sein Kabinett seien an der Herbeiführung der Krisis vor allem selbst schuld gewesen, weil sie die Finanzpolitik ohne Rücksicht auf die Unabhängigen mit der Deutschen Volkspartei hätten schaffen wollen. Die große Koalition scheine unmittelbar vor der Tür zu stehen. Daß die Krisis wirklich gelöst sei, werde der Reichskanzler Dr. Wirth selbst nicht glauben. Dr. Wirth werde sich entscheiden müssen, ob er mit der Deutschen Volkspartei innere Politik gegen seine Außenpolitik machen wolle. Versuche er es, dann werde er dabei sicher Schiffbruch leiden.

Graf Wilhelm Koensbroech †.

Wilhelm Graf und Marquis von und zu Koensbroech ist am Montag im Alter von 73 Jahren auf Schloß Haag bei Geldern gestorben.

Erkrankung Marconis.

London, 16. Febr. Marconi erlitt einen Schlaganfall und sein Zustand ist bedenklich.

Beneschs Mitteleuropa unter tschechischer Führung.

Die Reise des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch nach Paris und London erregt berechtigterweise in politisch interessierten Kreisen größtes Aufsehen. Der Kabinettschef eines europäischen Staates immerhin zweiter Ordnung in Unterhandlung mit den Leitern der großen europäischen Politik, mit Finanzlers von Weltruf, was hat das zu bedeuten? Wenn Vertreter des unglücklichen Oesterreichs in den Hauptstädten unseres Kontinents auftauchen, dann weiß man, wie Wiener Blätter in bitterer Selbstironie zugeben, daß sie irgendeine Anleihe auf den Weg bringen wollen. Wenn Polens früherer Außenminister, der Fürst Sapieha, am Quai d'Orsay erschien, dann durfte man ohne weiteres vermuten, daß sein Besuch den immer engeren antideutschen polnisch-französischen Zusammenschluß zum Ziele hatte. Weniger eindeutig sind die Vermutungen, die sich an Beneschs gegenwärtige Reise knüpfen dürften. Noch ehe er Prag verließ, schrieb ein Teil der Wiener und Prager Blätter, der tschechische Ministerpräsident werde sich in Paris und London für einen Ausgleich der englisch-französischen Differenzen in den Angelegenheiten der bevorstehenden Genueser Konferenz einsetzen. Weiter ging das Gerücht, Benesch habe mit Hilfe des tschechischen Präsidenten Masaryk und des Berliner tschechischen Gesandten Tusar einen detaillierten Plan für die Konferenz ausgearbeitet, den er den alliierten Kabinetten vorzulegen gedenke. Sicherlich enthalten diese Verlautbarungen Richtiges, wenn sie auch der Vollständigkeit entbehren. Den wahren Zweck der Pariser Unterhandlungen und derer, die sich in London anschließen werden, kann nur ein Einblick in die politischen Bestrebungen der jungen tschecho-slowakischen Republik erkennen lassen. Durch eine geschickte Ausnützung der politischen Konjunktur und eine weitschauende Vertragspolitik hat sie es unter Leitung ehrgeiziger Führer verstanden, sich in kürzester Zeit an die Spitze der in der sogenannten „Kleinen Entente" vereinigten Staaten zu stellen und, was das Wichtigste ist, dieses an sich lose Staatenbündel mit gemeinsamen Ideen zu beleben. Zunächst wußte sie, daß ein jugoslawisches Königreich im Südosten Europas ohne starke westliche Rückendeckung den italienischen Absichten und den ewig unruhigen Tendenzen gewisser Balkanstaaten preisgegeben wäre, und verkettete sich zunächst durch eine Reihe Wirtschafts- und Handelsverträge in engster Weise mit diesem Lande. Sie war sich ferner klar darüber, daß dieser Zusammenhalt nur dann recht wirksam sein konnte, wenn es gelang, den Mangel nicht vorhandener direkter Landesgrenzen mit Jugoslawien durch eine feste Umgarnung und Durchdringung der dazwischen liegenden Länder zu ersetzen. Wenn den Versuchen, in dieser Richtung zu wirken, zunächst durch den Widerstand Ungarns eine Schranke gezogen wurde, so glückte es ihrem Ministerpräsidenten doch, wenigstens das eine Zwischenglied, die kleine österreichische Republik, an sich zu fesseln.

Der in letzter Zeit viel genannte Vertrag von Lana, dessen Abschluß das erste Kabinett Schober zum Sturz brachte, ist ein wichtiger Markstein auf dem Wege dieser Entwicklung. Oesterreichs Handlungsfreiheit in der Frage des Anschlusses an Deutschland wird durch dieses Abkommen auf das ungünstigste beeinflußt. Verpflichten sich doch beide Kontrahenten darin, den territorialen Besitzstand, wie ihn die Verträge von St. Germain und Trianon vorsehen, zu wahren und keine anderen Vereinbarungen einzugehen, die an den gegenwärtigen Landesgrenzen etwas ändern könnten. Schon diese politischen Abmachungen würden von einer Abhängigkeit Oesterreichs von der Tschecho-Slowakei zu sprechen erlauben, wenn sich dieser Eindruck nicht bei Betrachtung des tschechisch-österreichischen Finanzübereinkommens noch wesentlich vertiefte. Vor wenigen Tagen hat die Wiener Regierung eine Anleihe von 500 Millionen tschechischer Kronen in Prag abgeschlossen. Als Pfänder dafür übernimmt die Tschecho-Slowakei vom Ende des Jahres 1923 an die Erträgnisse der österreichischen Eisenbahnverkehrssteuer, wenn bis dahin der nun schon über Jahr und Tag in Aussicht gestellte Völkerbundkredit zustande gekommen ist. Augenblicklich aber verpfändet Oesterreich bereits sämtliche in seinem Besitz befindlichen Stammaktien tschechischer Lokalbahnen, ferner die Aktien der in Böhmen gelegenen Zuckerfabrik Unter-Ceino und den denkwürdigen Bau der ehemaligen böhmischen Hofkanzlei in Wien bis zu einem Werte von 27 Millionen tschechischer Kronen. Es ist das alles nur deshalb so genau aufgezählt, um zu zeigen, wie es die tschechische Staatsleitung versteht, in das innerste Getriebe der unglücklichen österreichischen Republik einzudringen und in zielbewußter Weise auf die Aufsaugung dieses lebensunfähigen Staatsgebildes hinzuarbeiten. Ist einmal Oesterreich gewonnen, dann wird der Ausgleich mit Ungarn beginnen, werden Sonderabmachungen mit Bulgarien und Rumänien, zuletzt auch mit Polen folgen und die so gefestigte Kleine Entente wird auf dem besten Wege sein, das Ziel Beneschs, ein Mitteleuropa unter tschechischer Führung, zu erreichen. Das ist auch das wahre Ziel, für das sich der tschechische Ministerpräsident gegenwärtig in Paris einsetzt.